



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Bericht über die zweite Mediationssitzung zu den Ausbauplänen des Instituts für Transurane im Bürgerhaus Linkenheim-Hochstetten am 26. September 2011

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung, Formalia, Sachstandszusammenfassung – Michael Sailer (Öko-Institut e.V.) – Fragen und Diskussion
2. Vertiefte Diskussion des Forschungsprogrammes des ITU – Prof. Dr. Thomas Fanghänel, Direktor des ITU
3. Weiteres Vorgehen und Planung der nächsten Sitzungen

Zu TOP 1: Begrüßung, Formalia, Sachstandszusammenfassung

Herr Michael Sailer vom Öko-Institut e.V. in Darmstadt begrüßt die Teilnehmer und fasst die Inhalte der ersten Mediationssitzung zusammen. Er verweist nochmals auf die Regularien und hier insbesondere auf das Verhalten der Teilnehmer während der Sitzung und bedankt sich für das gegenseitige Verständnis. Danach werden die Themen der 2. Mediationssitzung vorgestellt.

Der heutige Sitzungstermin soll es den Teilnehmern ermöglichen, die Fragen zu den Forschungsprogrammen des ITU zu diskutieren.

Im Nachgang zu entsprechenden Diskussionen bittet Herr Sailer darum, darstellungsbedingte Fehler nicht herauszustellen und sich primär am Sachverhalt zu orientieren.

Herr Bürgermeister Johs spricht den Vertrag zwischen der Europäischen Kommission und dem Land Baden-Württemberg zum Erbbaurecht aus dem Jahre 1960 an, der in der vergangenen Sitzung thematisiert wurde. Das UM Ba-Wü übergibt daraufhin den Bürgermeistern und dem BUND eine ins Deutsche übersetzte Fassung des Vertrages.

Herr Sailer schlägt den Teilnehmern vor, sich bei den Fragen auf die Belange des ITU zu konzentrieren und spezifische Themen zur WAK und VEK auszuklammern. Die angesprochene Emissionsthematik kann bei der 3. Sitzung behandelt werden.

Die Beiträge und Unterlagen zum 2. Mediationstermin werden wieder auf der Homepage des UM eingestellt unter: <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/86072/>.

Zu TOP 2: Bericht über die Forschungsprogramme des Instituts für Transurane

Herr Prof. Dr. Fanghänel gibt einen Überblick über die Forschungsprogramme des ITU mit den innerhalb der Europäischen Kommission beteiligten Akteuren und Institutionen und erläutert den Inhalt der Forschungsprogramme. Außerdem werden die vier Forschungsbereiche des ITU vorgestellt mit den jeweiligen Ressourcen (Personal, Etat, Materialmengen):

- Grundlagen, Forschung und Anwendung,
- Sicherheit von Kernbrennstoffen, Endlagerung, Umweltaspekte,
- Nukleare Sicherung, Forensik
- Aus- und Weiterbildung.

In einem weiteren Beitrag werden die bestehenden Kooperationsverträge mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) Campus Nord vorgestellt.

Der Vortrag ist auf der Homepage des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft unter folgendem Link abzurufen:

<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/86508/>

Fragen:

1) Einsatz von Mischoxid-Brennelementen (MOX-BE)

Zu der während der Mediationssitzung aufgeworfenen Frage des BUND-Vertreters über den Einsatz von MOX-Brennelementen in baden-württembergischen Kernkraftwerken gibt das Umweltministerium nachträglich wie folgt Auskunft: Sowohl im Block 2 des Kernkraftwerkes Neckarwestheim (GKN II) als auch in Block 2 des Kernkraftwerkes Philippsburg (KKP 2) werden derzeit MOX-BE eingesetzt, für deren Herstellung das aus der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen stammende Plutoniumoxid verwendet worden ist.

- 2) Ein Vertreter des Gemeinderates von Linkenheim-Hochstetten kritisiert den grundsätzlichen Einsatz von Radionukliden in der medizinischen Diagnostik und in der nukleartherapeutischen Tumorthherapie, auch im Hinblick auf eventuelle Risiken bei der Produktion und beim Transport dieser Stoffe. Herr Sailer stellt die Frage nach einer weiteren Vertiefung dieses Themas bei einer der nächsten Sitzungen. Es wird vereinbart, das Thema nur hinsichtlich des Emissionsrisikos erneut zu diskutieren. Medizinisch-ethische Fragen über den Einsatz von radioaktiven Stoffen in Forschung und Medizin sollten hier nicht behandelt werden.

- 3) Von den Teilnehmern wird die Frage aufgeworfen, ob die Ereignisse in Fukushima im März dieses Jahres das EU-Forschungsprogramm beeinflussen oder gar verändern könnten. Herr Prof. Dr. Fanghänel führt aus, dass das derzeit gültige Forschungsprogramm wie beschrieben fortgesetzt wird. Allerdings leistet das ITU wichtige Beiträge, indem Störfallsimulationen zur Ermittlung des Quellterms („Knudsenzelle“) durchgeführt werden. Dabei könnten wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf Emissionen und Materialverhalten, zum Beispiel bei einer Kernschmelze, gewonnen werden.

- 4) Auf die Frage nach der Transmutationsforschung bestätigt Herr Prof. Dr. Fanghänel, dass im ITU bereits in der Vergangenheit in diesem Bereich geforscht worden sei. Auch und gerade im Hinblick auf die in Deutschland vorgeschriebene direkte Endlagerung von Brennelementen (keine Wiederaufarbeitung) sei ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, die Endlagerzeiten von Millionen von Jahren auf einige tausend Jahre zu verkürzen. In diesem Zusammenhang leiste das ITU bei der Untersuchung des Langzeitverhaltens von Material und Behälter sowie der sich verändernden Matrix im Hinblick auf Korrosion wichtige Projektarbeit, indem Modelle im Mikromaßstab und Reaktionsmechanismen entwickelt werden.
Das ITU verfüge nicht über die Möglichkeit, nach der Abtrennung (Partitioning) der minoren Aktiniden (Plutonium, Curium, Neptunium) neuen Kernbrennstoff herzustellen. Herr Prof. Dr. Fanghänel erklärt, dass der Schwerpunkt hier bei der Gewinnung

von Referenzdaten und der Entwicklung und Verifizierung von unabhängigen Sicherheitsstandards liege, unabhängig davon, in welchem europäischen Mitgliedsstaat (oder weltweit) der Umgang stattfindet. Da diese Forschungsarbeiten für die derzeitigen Reaktorlinien keinen Sinn ergeben würden, könnte nach Ansicht des BUND-Vertreters auf eine Fortsetzung dieser Arbeiten verzichtet werden; zumal diese für Deutschland nicht wichtig seien. Auf den Einwand von Herrn Johs, dass es doch sinnvoller wäre, die Forschung im Ausland (an den jeweiligen Betriebsorten) durchzuführen, erwidert Herr Prof. Dr. Fanghänel, dass die Gemeinschaft ein Anrecht auf diese Sicherheitsforschung habe – standortunabhängig. Weiterhin wird auf Nachfrage erklärt, dass alle im ITU durchgeführten Experimente so konzipiert seien, dass ein Störfall oder eine Freisetzung radioaktiver Stoffe oder eine Kontamination sicher ausgeschlossen seien. Dies liege zum einen an den winzigen Mengen, zum anderen an dem jeweils individuell entwickelten Design.

5) Der Vertreter des Umweltministeriums erklärt auf Nachfrage, dass die atomrechtliche Genehmigung nach § 9 Atomgesetz keine Einschränkung bzw. einen Ausschluss von bestimmten Forschungsarbeiten zulasse. Genehmigt würde der Umgang mit radioaktiven Stoffen an dem dafür bestimmten Umgangsort. Auch die in der Vergangenheit erteilten Genehmigungen enthielten hier keine Einschränkungen. Herr Ministerialdirektor Meinel betont, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen ist, ob die beantragten Mengen tatsächlich benötigt werden; eine „Vorrats-Genehmigung“ würde nicht erteilt werden; einen Genehmigungsautomatismus gebe es grundsätzlich nicht.

6) Eine weitere Frage bezieht sich auf die großen Antragsmengen für Thorium (350 kg). Prof. Dr. Fanghänel verweist auf das Aus- und Weiterbildungsprogramm des ITU und hier insbesondere auf die Ausbildung von Inspektoren und Zollbeamten. Mit den jeweiligen Versuchsaufbauten soll das „Auffinden“ von Material trainiert werden. Die großen Mengen sind auch deshalb erforderlich, da die messbaren Größen – wie z. B. die Dosisleistung – bei Thorium und Uran praktisch nicht als Auffin-

dungskriterium verwendet werden können. Beim Training kommen spezielle Detektorsysteme zum Einsatz (Gammaskpektrometer), die es auch später in der Praxis ermöglichen, Material zu detektieren und sicherzustellen.

- 7) Die Frage von Herrn Bürgermeister Johs, ob eine Änderung der Forschungsausrichtung einen „Flügel M“ nicht entbehrlich werden lasse, wird durch Herrn Ministerialdirektor Meinel mit dem Hinweis auf den mit dem Flügel M verbundenen Sicherheitsgewinn verneint.
- 8) Der Einwand des BUND-Vertreters, erst sichere Zustände zu schaffen, bevor die Forschung an diesem Standort mit hohem Risiko fortgesetzt würde, wird mit Hinweis auf den Bestand der erteilten Genehmigungen nicht weiter vertieft.
- 9) Auf die Frage nach den im ITU tatsächlich vorhandenen Mengen an Kernbrennstoffen, insbesondere Plutonium, bietet der Vertreter des Umweltministeriums an, den Bürgermeistern der Gemeinden Linkenheim-Hochstetten und Eggenstein-Leopoldshafen sowie einem Vertreter des BUND bei einem Termin im Umweltministerium Stuttgart (Leseraum) entsprechende Einsicht in die Unterlagen zu gewähren. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Informationen unter die Verschlussachen-Regelung fallen, und die Teilnehmer deshalb vor Einsichtnahme in die Daten entsprechend zu verpflichten sind.
- 10) Die Kooperation des ITU mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) Campus Nord im Bereich der „Generation-IV-Reaktoren“ wird nochmals hinterfragt. Prof. Dr. Fanghänel betont nochmals, dass im ITU keine entsprechenden Entwicklungsarbeiten stattfanden und stattfinden und dass das KIT wie das ITU und andere Institutionen in Europa innerhalb des Rahmenprogrammes bestimmte Forschungsaufgaben wahrnehmen.

Zu TOP 3: Weiteres Vorgehen und Planung der nächsten Sitzungen

Als Ergebnis der heutigen Sitzung wird festgehalten, dass Ursache für die Sorgen und die Verunsicherung in der Bevölkerung die großen Mengen an radioaktiven Stoffen sind, die sich im ITU befinden. Auch die neu beantragten zusätzlichen Mengen an radioaktiven Stoffen treffen auf ein gewisses Unverständnis, da der Kernenergieausstieg in Deutschland beschlossen ist und deshalb keine Notwendigkeit für weitere Forschungen in diesem Bereich gesehen wird. Darunter fällt nach Meinung einiger Teilnehmer auch die angesprochene Sicherheitsforschung. Insbesondere gelte dies für die Forschung im Zusammenhang mit Reaktoren der Generation IV.

Der nächste Mediationstermin wird am Mittwoch, den 12. Oktober 2011, um 17:00 Uhr in der Rheinhalle in Eggenstein-Leopoldshafen stattfinden.

Bei diesem Termin sollen die Emissionen und Immissionen des ITU und des KIT erörtert werden.

Der Bereich „Sicherheit“ soll weiter vertieft werden.

Außerdem wird das Landratsamt Karlsruhe eine aktuelle Sachstandsdarstellung zum Bau-recht geben.

gez. Hahn